

Unternehmens-Befragung zur deutschen Energiewende

Energiekosten werden zur Produktionsbremse in Deutschland

Immer mehr Unternehmen sehen die hohen Energiepreise und das unsichere energiepolitische Umfeld in Deutschland als Belastung für die praktische Umsetzung der Energiewende.

Teilweise planen Unternehmen, ihre Produktion am Standort Deutschland einzuschränken oder an ausländische Standorte zu verlagern. Das ist das zentrale Ergebnis des Energiewende-Barometers 2023 ([Link](#)) der IHK-Organisation, an dem sich 3.572 Unternehmen quer durch alle Branchen und Regionen in Deutschland beteiligt haben.

Deutlich zeigt die Umfrage, dass die Energiewende immer mehr Betriebe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Das Barometer fällt drastisch auf den schlechtesten Wert in der Geschichte seit der ersten Erhebung im Jahr 2012. Das Vertrauen in die Energiepolitik ist damit in der gesamten Breite der deutschen Wirtschaft auf einem Tiefpunkt angelangt.

Mehr Risiken als Chancen

Insgesamt erwarten die deutschen Betriebe von der Energiewende unter dem Strich deutlich mehr Risiken als Chancen für die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Auf einer Skala von minus 100 („sehr negativ“) bis plus 100 („sehr positiv“) ergibt sich ein Barometerwert von rund minus 27 – nach minus sieben in den letzten beiden Jahren.

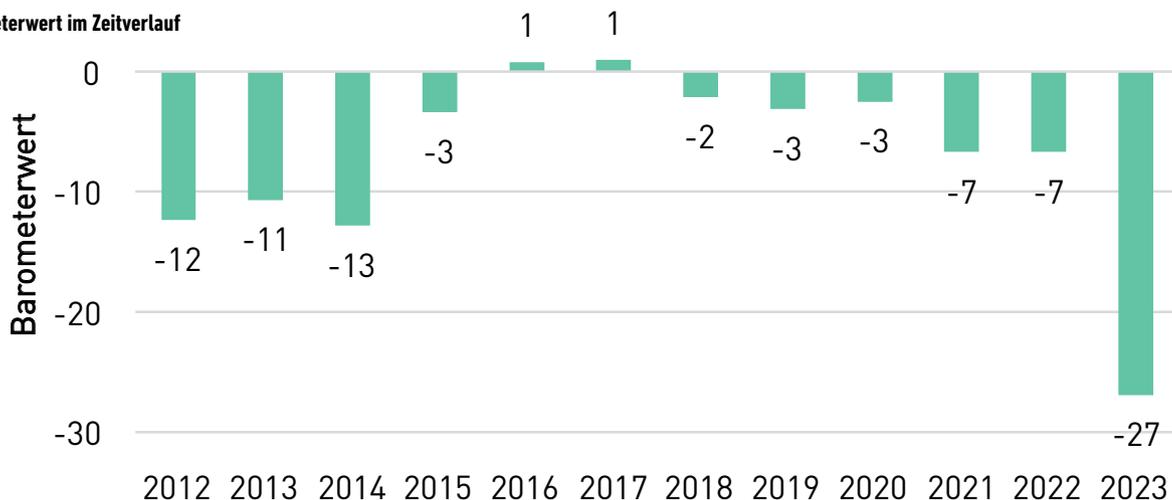
Energiepolitik wird zum Transformationshemmnis

Die Gründe für die zutiefst besorgte Einschätzung der deutschen Betriebe sind auch in den Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zu suchen. Die daraus resultierenden hohen Preise und Versorgungsrisiken erschweren die Umsetzung der Energiewende für die Unternehmen und führen zu Verunsicherung. Der Politik ist es in Deutschland aber auch nur teilweise gelungen, erfolgreich gegenzusteuern, wie die Umfrage zeigt. Dies spiegelt sich vor allem bei den Einschätzungen zu Hemmnissen bei der Transformation zu betrieblicher Klimaneutralität wider.

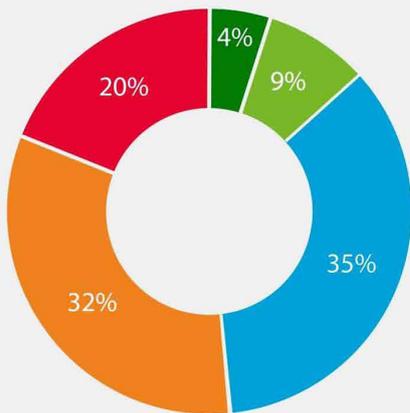
Fehlende Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Energiepolitik rücken aus Sicht der Betriebe an die erste Stelle der Transformationshemmnisse. Fast zwei Drittel der Unternehmen fühlen sich hiedurch ausgebremst. Sie sehen sich wie beim deutschen Energieeffizienzgesetz mit Vorgaben und Zielen konfrontiert, die in der Praxis kaum umsetzbar sind. Auch Fördermaßnahmen sind zwar im Zweifel gut gemeint, ihre Umsetzung ist aber oft äußerst bürokratisch. Das haben die Gas- und Strompreisbremsen in Deutschland gezeigt, die wegen der Konditionierung, Meldepflichten und Rückzahlungsrisiken von den Betrieben kaum in Anspruch genommen wurden.

Drei Viertel der Betriebe fahren laut Energiewende-Barometer ihre Investitionstätigkeiten zurück, weil ihnen

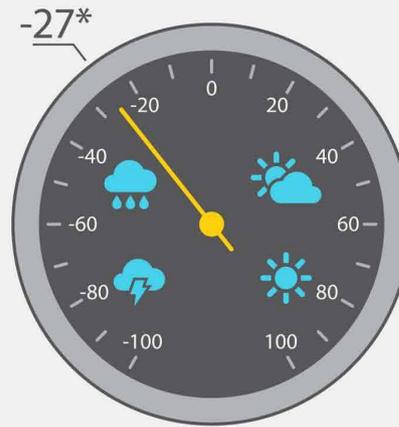
Barometerwert im Zeitverlauf



2023: Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?



++ sehr positiv + positiv = neutral - negativ -- sehr negativ



* Barometerwert, alle weiteren Angaben in Prozent. Der Barometerwert wird als gewichtete Differenz zwischen 'sehr positiv' und 'positiv' sowie 'sehr negativ' und 'negativ' berechnet.



eine verlässliche Perspektive am Standort Deutschland fehlt. Das ist eine dramatisch hohe Zahl. Es geht nicht nur zu Lasten von Investitionen in den Klimaschutz, sondern auch Forschung und Innovation sowie Ersatzbeschaffung sind betroffen, und es ist das Gegenteil von einem Investitionsaufschwung, der zur Bewältigung der aktuellen Krisen nötig wäre.

Energiewende verstärkt Abwanderung

Die Unternehmen haben vor dem Hintergrund zunehmender Kosten und Regulierungen immer mehr Schwierigkeiten, sich am Standort Deutschland zu halten. Fast ein Drittel der Industriebetriebe (32 Prozent) plant oder realisiert bereits die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland beziehungsweise die Einschränkung ihrer Produktion im Inland. Dies ist fast eine Verdoppelung gegenüber dem letzten Jahr. Am stärksten ausgeprägt sind die Abwanderungstendenzen bei den großen Industrieunternehmen (ab 500 Beschäftigten): Dort gilt bereits für fast die Hälfte (43 Prozent) der Betriebe, dass sie Produktionsprozesse verlagern oder dies beabsichtigen.

Bessere Rahmenbedingungen und Steuer- sowie Abgabensenkung

Ein Gegensteuern in Deutschland ist möglich und äußerst notwendig – nicht nur bei Planbarkeit und Bürokratieabbau. 86 Prozent der Unternehmen stimmen zu, dass die Rahmenbedingungen für Energie-Eigenver-

sorgung und -Direktlieferverträge verbessert werden sollen. Außerdem wäre es dringend erforderlich, Steuern und Abgaben auf den Strompreis zu senken (73 Prozent). Dabei sollten energiepolitische Maßnahmen grundsätzlich von den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit geleitet sein (80 Prozent). Insgesamt brauchen die Unternehmen vor dem Hintergrund der Befragungsergebnisse in Deutschland eine neue Perspektive, statt mit immer neuen Wettbewerbsnachteilen vor allem im Energiebereich zu kämpfen. Notwendig ist ein höheres Angebot an günstigeren erneuerbaren Energien, auch an Wasserstoff, eine klare Vereinfachung der Genehmigungsverfahren im Bereich der Energiewende und darüber hinaus eine verlässliche Strategie für den Netzausbau. ●



Dr. Ulrike Beland (DIHK Berlin)
beland.ulrike@dihk.de